

Ambitionierte Projekte auf der Agenda

Serbien bereitet sich auf europäische Standards vor

Von Radivoje Petrikić

Die serbische Wirtschaft floriert – insbesondere dank ausländischer Investoren. Damit die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Serbien weiter gesteigert wird, hat die serbische Regierung eine Reihe sehr ambitionierter Projekte auf ihrer Agenda stehen. Hinzu kommt das Interesse des Landes, sich der EU anzunähern. Der Weg dorthin ist gesäumt von der Implementierung europäischer Standards in das bestehende Rechtssystem Serbiens. Ein kurzer Abriss der bedeutendsten Projekte, die zurzeit die Rechtsexperten des Landes beschäftigen.

Die serbische Regierung beschloss im November die „Strategie der regulatorischen Reform“, deren Umsetzung bis Ende 2011 abgeschlossen sein soll. Vor allem jene Vorschriften, die sich in der Vergangenheit als Hindernis für in- und ausländische Investoren erwiesen haben, sollen bis dahin abgeschafft oder neu formuliert werden. 15.000 gesetzliche Bestimmungen sollen durchleuchtet und neu formuliert werden. Es wird geschätzt, dass etwa ein Drittel dieser Bestimmungen dem Projekt „Srp“ – übersetzt „die Sichel“ – zum Opfer fällt.

Abbau von Investitionshindernissen

Die konkreten Ziele von „Srp“ sind die Reduzierung der Rechtsunsicherheit und somit Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Serbien, die Vereinfachung der Verfahrensabläufe und Effizienzsteigerung der Behörden, die Verkürzung der Entscheidungsdauer von Behörden (in manchen Branchen wartet man bis zu 180 Tage auf die Erteilung von erforderlichen Betriebsgenehmigungen) und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren (bei baurechtlichen Genehmigungen müssen bis dato bis zu 40 Dokumente vorgelegt werden).

Eine der Fragen bei diesem Projekt ist wohl, ob es gelingt, die Übertragung von Nutzungsrechten am städtischen Bauland zu liberalisieren und zu vereinfachen. Die verfassungsrechtliche Grundlage wäre gegeben, noch fehlen die Ausführungsgesetze sowie die Änderung der bestehenden Vorschriften in diesem Bereich, was wohl bis-

lang als eines der größten Hindernisse für stärkeres Engagement von ausländischen Investoren war und eine große Herausforderung für „Srp“ darstellt.

Grundlegende Reform des Gesellschaftsrechts

Serbien plant eine grundlegende Reform des bestehenden Gesellschaftsrechtes. Im Zuge dessen soll ein neues Gesetz über Handelsgesellschaften verabschiedet werden. Auch ist geplant, die bisherigen Unzulänglichkeiten und Schwachstellen des bestehenden Gesetzes auszubessern. Alle neuen Regelungen werden in Einklang mit den Richtlinien und gesellschaftsrechtlichen Vorschriften der EU gebracht.

Die Änderungen im Kartellgesetz sehen eine Stärkung der Unabhängigkeit und Kompetenzerweiterung der Wettbewerbsbehörde vor. Diese soll in Zukunft auch Strafen im Fall von festgestellten Verstößen gegen den Wettbewerb verhängen dürfen – bislang konnte sie die Verstöße nur feststellen, die Verhängung der Strafe oblag den Gerichten. Auch werden die Kompetenzen der Wettbewerbsbehörde in Bezug auf Feststellung einer marktbeherrschenden Stellung erweitert und die Beweislast der in die Prüfung einbezogenen Unternehmen verschärft.

Bei der Zusammenschlussprüfung werden die Schwellenwerte für die obligatorische Anmeldung angehoben. Damit soll verhindert werden, dass – wie bislang – zum Teil unbedeutende Zusammenschlüsse nur deswegen anmeldspflichtig waren, weil ein ausländischer Konzern beteiligt war, dessen

weltweiter Umsatz über 50 Millionen Euro lag.

Abschaffung der Kapitalertragsteuer

Zur Belebung des Aktienhandels ist geplant, die Kapitalertragsteuer abzuschaffen. Wieder in anderen Industriezweigen werden neue Steuerbefreiungen beschlossen: Bis zu zehn Jahren steuerbefreit sind die Bereiche Automotive und Autoindustrie, IT und innovative Technologie sowie Elektroindustrie.

Eine wichtige Neuerung für die Banken ist die Abschaffung der Pflichtreserve von 40 Prozent bei der Aufnahme von ausländischen Krediten bei der Nationalbank. Diese Regelung galt in der Vergangenheit als Maßnahme gegen die zu hohe Verschuldung im Ausland und hatte eine Verteuerung der Kredite zur Folge. Der Wegfall dieser Bestimmung gewährleistet die günstigeren Kreditlinien aus dem Ausland.

Um die Transparenz von behördlichen Abläufen zu verstärken und die Korruption zu bekämpfen, wurde ein neuer Entwurf des Korruptionsgesetzes vorbereitet. Dieser beinhaltet erstmals auch ein besonderes Gesetz über den Entzug von Vermögenswerten, die durch Straftaten bzw. Korruptionshandlungen erlangt wurden.

Erstmals gibt es einen Entwurf eines Gesetzes über die Parteifinanzierung. Dies wird auch als eine ernsthafte Prüfung der Bereitschaft der serbischen Entscheidungsträger gewertet, diese Materie transparent zu gestalten.

* Der Autor

Dr. Radivoje Petrikić ist Partner bei CMS Reich-Rohrwig Hainz und leitet die CMS Büros in Belgrad und Sarajevo. Seine Tätigkeitsschwerpunkte sind M&A, Gesellschaftsrecht, Finanz- und Projektfinanzierungsrecht, insbesondere in MOE.

KONTAKT

Radivoje Petrikić
CMS Reich-Rohrwig Hainz Rechtsanwälte
GmbH
Tel.: 00381/ 11/ 320 89 00
belgrade@cms-rrhs.com
www.cms-rrh.com